KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 55 Postulat Schmutz Judith und Mit. über ein Moratorium für den Neu- oder Ausbau von Kantonsstrassen im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Judith Schmutz hält an ihrem Postulat fest.

Judith Schmutz: Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen, vor der sich die Menschheit befindet. Solche grossen und beängstigenden Herausforderungen verlangen starke, aber auch radikal erscheinende Massnahmen. Der Verkehr ist für mindestens 30 Prozent des CO_2-Ausstosses verantwortlich. Der Verkehr ist ein Bereich, den wir Menschen selber in der Hand haben. Wir können selber entscheiden, das Auto weniger zu benutzen und auf den öV oder das Velo umzusteigen. Es liegt an uns, Verantwortung zu übernehmen. Mein Vorstoss ist in der Praxis nicht einfach umzusetzen. Mir geht es darum, ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz zu setzen. Natürlich begrüsse ich auch jeden anderen kleinen Beitrag zum Klimaschutz. Trotzdem braucht es nebst den politisch einfach zu realisierenden Vorstössen auch visionäre Ideen, damit der Klimawandel gestoppt werden kann. Indem wir weiterhin zusätzliche Strassen bauen, schaffen wir eine Grundlage für zusätzlichen Verkehr. Die zusätzlichen Strassen sind wohl kaum nur für den öV gedacht. Ich persönlich fände es schön, den Klimaschutz mit weniger Verboten voranbringen zu können. Aber die von der bürgerlichen Seite proklamierte Eigenverantwortung funktioniert nicht. Eigenverantwortung ist für mich proaktives Handeln und nicht etwas, das einfach im Gesetz festgeschrieben wird. Wo bleibt die Eigenverantwortung bei den Menschen, die tagtäglich das Auto statt den öV benutzen? Mir ist bewusst, dass ein Strassenbaumoratorium unter den heute gegebenen Umständen nicht möglich ist. Aber es sind nur Umstände, die verändert werden können. Um auf weitere Strassen realpolitisch zu verzichten, braucht es ein Umdenken von jedem Einzelnen. Das Umsteigen auf den öV ist den meisten einfach zu unbequem, zu schmutzig oder zu anstrengend. Wenn wir den Klimawandel aber nicht stoppen, wird es erst richtig unbequem und anstrengend. Deshalb müssen wir sofort Massnahmen ergreifen. Wir als Kantonsparlament müssen eine Vorbildrolle ausüben. Es liegt an uns, Massnahmen zu treffen, um den Klimaschutz konsequent umsetzen zu können. Der Kantonsratspräsident hat vor einer Woche in seiner Antrittsrede erklärt, dass wir den Kanton Luzern ins beste Licht rücken müssen. Seien wir also ein Vorbild für alle anderen Kantone und setzen ein klares Zeichen für den Klimaschutz. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Hanspeter Bucheli: Die Postulantin hat selber erklärt, dass es sich bei ihrem Postulat um eine extreme Forderung handelt. Die Forderung würde das Gefüge im Strassenbau finanziell wie auch operativ aus den Angeln heben. Abgesehen davon braucht auch der öV ein gutes und leistungsfähiges Strassennetz. Nicht nur der öV fährt auf der Strasse, auch der ganze Gütertransport. Manchmal habe ich das Gefühl, dass für die Stadtbewohner die Welt in

Rothenburg einfach aufhört. Die meisten Güter werden auf der Strasse und nicht mit der Bahn transportiert. Auch der Abfall wird zur Entsorgung auf der Strasse transportiert. Natürlich braucht es Änderungen, aber diese müssen praktikabel sein. Zudem können auch aus Zeitgründen nicht alle Strecken einfach nur mit dem Velo zurückgelegt werden. Die CVP lehnt das Postulat ab.

Markus Hess: Wir haben Verständnis für die Forderung. Die öffentliche Hand hat im Infrastrukturbereich eine Steuerungsfunktion und steuert mit ihrem Strassenangebot Bedürfnisse. Der Staat antwortet auch auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Darauf gilt es Rücksicht zu nehmen. Das kantonale Strassennetz ist stark mit den Bundes- und Gemeindestrassen verbunden. Die Luzerner Strassen aus diesem Strassennetz herauszubrechen, würde sowohl den Kanton Luzern als auch andere Kantone vor grosse Probleme stellen. Es geht also auch um Solidarität und Rücksichtnahme. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Pius Müller: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Es nützt nichts, wenn wir in der Schweiz als klimapolitische Musterknaben dastehen, dabei unsere Wirtschaft abwürgen und im Ausland munter CO_2 produziert wird. Verkehr und Transport müssen effizient gestaltet werden. Die SVP fordert deshalb eine konsequente Engpassbeseitigung auf allen Strassen. Stau an allen Orten ist weder wirtschaftlich noch klimafreundlich. Die Mobilitätsfrage ist bei der Bevölkerung weiterhin die Sorge Nummer eins sowohl bezüglich Strassenverkehr als auch öV. Effiziente Verkehrswege haben einen zentralen Einfluss auf die Erschliessung der Regionen und ihre wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Aus der ganzen Diskussion stellt sich die Frage, ob ich als Handwerker meine Ware mit Velo und Anhänger transportieren muss. In diesem Fall müsste man nicht den Klimanotstand, sondern den Mobilitätsnotstand ausrufen. Der Kanton braucht zwingend gut ausgebaute, moderne Verkehrsinfrastrukturen, insbesondere auf der Strasse. Das müssen doch auch die Gegner des Strassenausbaus zur Kenntnis nehmen. Wie bereits erwähnt, ist die Schweiz Verursacherin von etwa 1 Promille der weltweiten Emissionen an Treibhausgasen. Von 1990 bis 2015 hat die Schweiz etwa 15 Prozent ihrer Inlandemissionen reduziert. Bis 2020 wird die Schweiz sogar die 20er-Marke erreichen, und das bei einem gleichzeitigen Wirtschaftsanstieg von mehr als dem Doppelten und einer Zunahme der Bevölkerung von über einer Million. In derselben Zeit sind die globalen Emissionen um über 50 Prozent gestiegen. Die zehn stärksten Emittenten sind für etwa 70 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Auf die Mobilität einzuprügeln und den wirtschaftlich wichtigen Strassenbau zu verhindern, mag in gewissen Kreisen chic sein.

Othmar Amrein: Eigenverantwortung ist, wenn ich mit dem öV nach Luzern anreise und mich für eine Reise mit drei Personen nach Willisau für das Auto entscheide. Die FDP steht für Eigenverantwortung ein. Der Vorstoss ist ein direkter Angriff auf den motorisierten Individualverkehr und vor allem auf die liberalen Werte der FDP. Mit der Klimadebatte will man uns die Entscheidungsfreiheit nehmen. Ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit der Luzerner Bevölkerung mündig ist und selber entscheiden kann, was sinnvoll ist. Bei einem Moratorium dürften nicht einmal mehr Gefahrenstellen beseitigt werden, und die Sicherheit der Bevölkerung wäre nicht mehr gewährleistet. Dahinter kann ich nicht stehen. Zudem werden in den kommenden zehn Jahren neue Technologien entwickelt und die Fahrzeuge weniger CO_2 ausstossen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion vertritt grundsätzlich die Meinung, dass zusätzliche Strassen mehr Verkehr generieren. Wir werden uns auch in Zukunft kritisch oder ablehnend zu kantonalen Strassenbauprojekten äussern. Trotzdem lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab. Einerseits müssen wir der Landschaft Rechnung tragen, wo die Kantonsstrassen zur notwendigen Erschliessung beitragen. So sollen sinnvolle und massvolle Anpassungen nicht einfach verboten werden. Ein Moratorium lässt sich aber nicht umsetzen. Eine Abgrenzung zum Unterhalt lässt sich nicht machen. Oftmals wird ein sinnvoller massvoller Ausbau der Kantonsstrassen mit Sicherheitsmassnahmen verbunden oder mit Angeboten für den Langsamverkehr kombiniert. Das Postulat will auch solche Ausbauten verhindern, was wir nicht als vernünftig erachten. Bei der Beratung des Strassenbauprogramms haben wir aber

die Möglichkeit, eine gewisse Zurückhaltung zu fordern. Zudem besteht eine Abhängigkeit zum übergeordneten, aber auch nachgelagerten Strassennetz wie den Gemeindestrassen. Die Ratsmitte hat heute öfters betont, dass die Klimapolitik die Wirtschaft abwürgt. Man kann die Klimapolitik aber auch als eine Chance für die Wirtschaft ansehen, ich denke dabei etwa an die Entwicklung neuer Technologien.

Judith Schmutz: Ich selber komme aus Rain, für mich hört die Welt also nicht einfach in Rothenburg auf. Das Postulat verlangt, dass keine neuen Strassen gebaut werden. Das funktioniert nur, wenn weniger mit dem Auto gefahren wird. Das Postulat ist eine riesige Chance für die FDP, sie kann zeigen, wie Eigenverantwortung funktioniert. Wenn weniger Autos die Strassen benutzen, gibt das automatisch mehr Platz für den Gütertransport und den Handwerkerverkehr, eine Win-win-Situation also.

Der Rat lehnt das Postulat mit 96 zu 31 Stimmen ab.